

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Zahlen, die Finanzstadtrat Rüschi heute uns präsentiert hat, betätigen Thomas Mann: Es ist schwer, es zugleich der Wahrheit und den Leuten recht zu machen.

Lieber Gerhard Rüschi – ich verstehe selbstverständlich die Absicht von Schwarzgrün, uns dieses Budget in den schillerndsten Farben und als Erfolg zu präsentieren. Blickt man aber etwas tiefer, entdeckt man Realitäten und Daten, die die suboptimale Budgetpolitik von Schwarzgrün belegen.

Was ich damit meine?

Das Maastricht-Defizit hat sich zum Beispiel von 2008 bis zum VA 2012 von minus 24 Millionen Euro auf minus rund 56 Millionen Euro jährlich verschlechtert. Jetzt mag man meinen, dass dies nicht so schlimm, weil dahinter Investitionen wären – ich halte diesen Anstieg aber für alarmierend, denn es zeigt uns deutlich, dass die rechnerische Verschönerung durch „städtische Vermögensumschichtungen“ im Immobilien- bzw. Rücklagenbereich, weil nicht mehr vorhanden, nicht mehr möglich ist.

Und erschwerend kommt hinzu, dass – und da braucht man kein Prophet zu sein – über kurz oder lang die Haftungen in die Gesamtschuldendarstellung einbezogen werden müssen, weil ja auch die „ausgelagerten Schulden“ – ich denke da etwa ganz konkret an die GBG, die sich ja über die Immobilienpakete zu nichts anderem als zu einer Geldbeschaffungs-GmbH auf Kreditbasis mit Haftungen der Stadt entwickelt hat – wird hier ihren Niederschlag finden.

Faktum ist auch, dass von Bundeseite eine Schuldenbremse droht – und man braucht auch sicher kein Prophet zu sein, um zu behaupten, dass die Gemeinden im Zuge dessen wieder einmal kräftigst gefordert sein werden.

Nicht nur das Maastricht-Ergebnis, auch was die Folgekosten für diese Art von Budgetbewirtschaftung betrifft, das wird man erst in der nächsten Gemeinderatsperiode sehen, weil diese auf uns zukommenden Kosten bislang konsequent ignoriert wurden.

Ich will da jetzt nicht nochmals auf die bedenkliche Praxis von endfälligen Darlehen eingehen - diese waren heute schon Thema. Aber, dass die GUF – gleichsam die innerstädtische Hausbank, über die zuletzt ein solcher 110

Millionen-Kredit aufgenommen wurde, und deren Bilanzsumme 2010 schon 170 Mio. Euro betrug – mehr oder weniger ohne Kontrolle fungiert, mit zwei Abteilungsleitern aus dem Finanzbereich und zumindest aus diesen Funktionen heraus dem Finanzreferenten gegenüber weisungsgebunden, als Geschäftsführern, dass es nicht einmal einen Aufsichtsrat gibt, zeugt nicht gerade von Transparenz und guter Struktur.

Angesichts der drohenden Gewitterwolken hätte ich mir auch erwartet, dass man peinlichst darauf achtet, die AOG nicht durch Ausgaben, die keinen investitiven Charakter haben, belastet wird, sondern gemäß VRV-Vorgaben diese Ausgaben über die ordentliche Gebarung bedeckt werden. Aber das Gegenteil ist der Fall: Stadträtin Grabner wird zugestanden, die AOG für CIS, also City of Design, anzugreifen. Herr Stadtrat: CIS wäre meinem und nicht nur meinem Dafürhalten ganz eindeutig über die OG zu bedecken. Das Aktions- und Projektbudget für City of Design durch Darlehensaufnahmen zu bedienen, die dafür anfallenden Kosten auf künftige Generationen überzuwälzen, halte ich für nicht seriös, nicht statthaft, nicht zulässig.

Aber es gibt da weitere Beispiele dafür, wie die AOG – wider besseres Wissen und entgegen den Vorgaben der VRV – dafür herhalten muss, um OG-Projekte zu finanzieren. Um nur einige zu nennen, die Förderungen für die Wasserrettung, Freiwillige Feuerwehr oder Filmförderungen sind Subventionen und keine Investitionen!

Blickt man also hinter das Zahlenkonvolut, das Sie heute dem Gemeinderat vorlegen, wird man sich dessen bewusst, dass Sie die Dornen tunlichst verschweigen. Und wer sich dann noch tiefer in die Materie einliest, muss feststellen, dass es auch um den Blütenstand der Rosen alles andere als gut bestellt ist. Sie sind größtenteils längst verwelkt und die Blütenblätter fallen ab!

Und das wirklich Bedenkliche: Hinter dieser fast undurchdringlichen Dornenhecke verstecken Sie die Beteiligungen, die Gesellschaften. Und verwehren – was sicher seine Gründe haben wird – uns, den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, Einblick in das Tun oder auch Nichttun dieser Gesellschaften!

Ja natürlich – Sie haben ja ein Beteiligungscontrolling eingeführt. Das beschränkt sich aber bestenfalls auf die Vorlage einiger weniger Zahlen – und bisweilen werden diese auch nur schleppend dem Beteiligungsausschuss vorgelegt.

Ja natürlich – Sie argumentieren mit der Möglichkeit, den Stadtrechnungshof in Marsch zu setzen. Leider hat aber nicht einmal dieser die Macht, von Vorständen oder Geschäftsführern die Vorlage sämtlicher Unterlagen zu erwirken. Verlangen kann er sie schon – ob er sie bekommt, ist allerdings eine andere Frage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats!

Bisweilen muss ich mich selbst über den Langmut wundern, den wir an den Tag legen. Wir entscheiden heute über Budgetposten wie etwa 200 Euro Schreib- und Büromittel für die Innenrevision, 250 Euro Reinigungsmittel für die Ordnungswache oder 1200 Euro Postdienste für das Umweltamt. Wir „entscheiden“ (unter Anführungszeichen) heute in der OG über Abteilungsbudgets, die zum Teil zu 95 und mehr Prozent aus unverrückbaren, auf Gesetze basierenden Pflichtausgaben bestehen. In den städtischen Abteilungen ist jeder Cent nachvollziehbar, transparent.

Das was, sich uns hier präsentiert, das ist erschreckend genug: 2010 beliefen sich die Zahlungen des Magistrats an die Gesellschaften auf 70,9 Millionen Euro, 2011 auf 81,77 Millionen, im Budgetjahr 2012 werden es bereits 84,5 Millionen sein – und 2013 sind 118,227 Millionen prognostiziert!

An Zielvorgaben hier mitzuentcheiden, Zielerreichungen zu kontrollieren – das bleibt uns als Gemeinderat verwehrt. Das ist Sache der Aufsichtsräte, und die sind bekanntlich fast einschlägig – nämlich fast durchwegs mit Schwarzgrün – besetzt.

Hier ist in den letzten Jahren sukzessive eine neue Art von Zwei-Klassen-Gesellschaft entstanden. Einerseits der Magistratsbereich – mit höchster Transparenz und Abteilungsvorständen, die sich gezwungen sehen, auch bei zum Teil nebulösen Themen Frage und Antwort zu stehen. Andererseits die Beteiligungen und Gesellschaften, die oftmals ein seltsam anmutendes Eigenleben führen. Ich habe zumindest bis dato nicht erlebt, dass etwa das Jugendamt oder das Schulamt, die Kosten für die Kindergärten oder die Nachmittagsbetreuung freihändig erhöhen hätten können. Sehr wohl mussten wir aber im Nachhinein zur Kenntnis nehmen, dass die Mietkosten der Eishalle, die sich im Besitz der Stadt befindet, gleichsam über Nacht erhöht wurden, wovon Dutzende Schulen und kleine Vereine betroffen waren: Angeblich sogar ohne Wissen des Beteiligungsreferenten und Eigentümerversprechers. Ich frage: Kann das vom Gemeinderat als das oberste Organ dieser Stadt so akzeptiert werden?

Ich habe es bis dato auch nicht erlebt, dass der Leiter des Umweltamtes oder der Leiter des Stadtplanungsamtes mit persönlichen Visionen die Öffentlichkeit beglückt haben – und beide hätten von ihrem Fachwissen heraus sehr, sehr viel zu sagen, wie ich weiß. Anders läuft es da bei Beteiligungen und Gesellschaften – wo plötzlich die krause Idee einer Murgondel wie ein Kaninchen aus dem Hut gezaubert wird. Was im übrigen, da man gleichzeitig nicht und nicht der Probleme mit der lärmenden Variobahn Herr werden konnte, den Verdacht nährte, damit nur ein simples Ablenkungsmanöver starten zu wollen. Mich wundert ja, dass man nach Berichten über den E-Mobility-Stillstand nicht mit einem Hochseehafen an der Mur und nach dem Fahrschein-Kontroll-Desaster nicht mit der Idee des Abschusses eines City of Design-Weltraumsatelliten aufkreuzte. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Was ich damit sagen will: Dieses Budget, das heute der Gemeinderat der Stadt Graz beschließt, ist – weil Schwarzgrün ja gerne Bezeichnungen wie Haus Graz und Gesamtschau verwendet – nur ein Teilbereich des Hauses Graz, der Vorgarten, der Keller, das Untergeschoss. Das Obergeschoss aber, die Gesellschaften und Beteiligungen, bleibt uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, die wir stellvertretend für die Grazerinnen und Grazer hier sitzen, versperrt. Dieses Obergeschoß erachtet Schwarzgrün als seine Privatgemächer. Und wenn schon im Keller und im Untergeschoss die Substanz hinter der Fassade alles andere als gut, um nicht zu sagen, besorgniserregend ist, dann ist zu befürchten, dass Schwarzgrün das Obergeschoss ohne einen Gedanken auf Nachhaltigkeit und künftige Generationen schlichtweg abwohnt. Diesen verständlichen Verdacht könnten sie nur dann entkräften, wenn sie für die Beteiligungen und Gesellschaften endlich wieder jene Transparenz schaffen, wie sie vor Schwarzgrün gegeben war und in demokratischen Gesellschaften eigentlich selbstverständlich sein sollte.